An der Schneelinie – die Revolution öffnet andere Orte

Volker Braun plädiert für die Möglichkeiten des ebenen Geländes

fh. – Der Dichter Volker Braun lässt in diesen Dezember-Tagen einen Text aus dem Jahr 1977 ins *Neue Deutschland* einrücken und kommentiert ihn mit „Notizen eines Publizisten“. Es ist das Bild einer Seilschaft, die in der ersten Zeile feststellt „Jetzt geht es nicht mehr vorwärts in dem ewigen Schnee“, weil sie sich offenbar in ein bürokratisches Gebirge gewagt hat, dessen „Formulare / Kies / Versprechungen / kalter Kaffee“ den Blick verstellen: „Wo wollen wir eigentlich hin./ Ist das überhaupt der Berg, den wir beehren / Oder eine ägyptische Pyramide.“ Man erkennt, dass es Zeit ist, sich „aus den Sicherungen“ zu schnüren. „Denn dieser Weg wird nicht zum Ziel führen“. So tappt man zurück ins „Ungewisse, aus dem wir aufgestiegen“, um nach dem Abstieg „den Gipfel in wieder erreichbarer Ferne zu sehn.“ Braun fügt dem 12 Jahre alten Gedicht eine Gegenwartsdeutung bei: „Jetzt sind wir im Tal, mit unsern Rucksäcken, Seilen und Eispickeln“. Es kann also gleichsam neu losgehen, nur möge man „nicht die absolute Schneelinie der kapitalistischen Großproduktion“ anvisieren, sondern besser eine „Gangart“ wählen, die „zu sanfteren Technologien, zu einem milderen Markt“ führe. Zu diesen „Möglichkeiten des ebenen Geländes“ gehören für ihn auch andere politische Formen. Zwar mag das „parlamentarische Gerangel“, wie er es missvergnügt beim „Gekungel“ um die Posten des Kabinetts Modrow erlebt habe, „ein enormer Fortschritt sein gegenüber der absolutistischen Erstarrung“. Doch gebe es „etwas Moderneres, etwas Demokratischeres“, das er uns dann aber als „alte Sache“ vorstellt: „die Macht der Räte“. Damit ist der Dichter ganz beim wichtigsten politischen Ereignis der Woche, der Begründung des Zentralen Runden Tisches, sowie bei den „Bürgerkomitees in Stadt und Land“, denen er „Kontrollaufgaben“ mit „konstruktiven Sinn“ zuweisen möchte (ND 8.12.1989). Auch Volker Braun hatte mit zahlreichen anderen Prominenten, darunter dem evangelischen Altbischof Schönherr, dem Bürgerrechtler Konrad Weiß und der Schriftstellerin Rosemarie Schuder, „rechtliche Grundlagen zur Schaffung von Bürgerkomitees“ gefordert, um auf die „Bekundungen […] des Zorns, der Empörung über Machtmißbrauch, Korruption, der Verbrechen und der Versuche zur Verdunkelung krimineller Vorgänge in der DDR“ zu reagieren und gegen diese Vergehen einzuschreiten. (NZ 6.12.1989).

Mit Brauns Intervention haben wir die hier übliche Sphäre des Alltags ziemlich deutlich verlassen. Aber vielleicht hilft der intellektuelle Höhenflug zu verstehen, wie sehr sich in diesen Tagen immer noch Neues, Fremdartiges, Unerhörtes in den Blick der Menschen drängt. Entdeckt werden gleichsam die anderen Orte im eigenen Land, die bislang ausgeblendet waren, jenseits jeder Wahrnehmung. Zu den verschlossenen Räumen, die sich nun öffnen, gehören in Ost-Berlin zum Beispiel die bislang zahlungskräftigen Ausländern vorbehaltenen Interhotels: Sie alle stehen, dafür hatte sich der Magistrat eingesetzt, „ab sofort auch DDR-Bürgern offen“ (BZ 5.12.1989). Eine noch sehr viel aufregendere Visite wagen in dieser Woche „Vertreter von demokratischen Gruppen Berlins, darunter das Neue Forum, die SDP, die Initiative Frieden und Menschenrechte und die ‚Kirche von unten‘ sowie Gewerkschafter“. Sie besichtigen in der Normannenstraße das „Sicherheitsamt“, also das zum „Amt für Nationale Sicherheit“ gewandelte Ministerium für Staatsicherheit. Hintergrund sind die Aktenvernichtungen durch die Stasi, gegen die sich in der Provinz in zahlreichen Städten Bürgerrechtler aktiv zur Wehr gesetzt hatten, vor allem durch die Besetzung der Bezirkszentralen des ehemaligen MfS: „Verdunklungsgefahr witterten Erfurter Bürger, als sie Rauchschwaden über dem Gebäude der ehemaligen Bezirksverwaltung des MfS sichteten. Mit einer Menschenkette um dieses Haus erzwangen sie Einlaß, um die Vernichtung von Beweismaterial zu verhindern“. (BZ 6.12.1989) Auch in Leipzig, Dresden, Gera, Rostock und anderen Städten war man ähnlich erfolgreich. Der Sturm auf die Bezirksverwaltungen war aber keineswegs ein Selbstläufer. In Suhl formierten sich über 2.000 Bürger zu einem Protestmarsch. Als sich einige am Eingangstor zu

schaffen machten, reagierte die Ex-Stasi: „Nebelschwaden einer Tränengasgranate trieben die Massen kurzfristig auseinander. Schließlich konnte dann gegen Mitternacht die verlangte Begehung beginnen. Räumlichkeiten und einzelne Schränke wurden durch den Bezirksstaatsanwalt versiegelt." (ebd.) In der Hauptstadt war es dagegen alles ruhiger verlaufen. Auch die „Besichtigung" der Normannenstraße zwei Tage später erfolgte recht zivil: „Erste Station des Rundgangs [...] war die Papiervernichtungsanlage, die seit Montag versiegelt ist. […] Verbrannt werde hier nichts", weil nämlich „schon seit Jahren kein Ofen vorhanden sei." Aber „Schulungs-materialien, alte Akten und Aufzeichnungen" seien „auf technisch andere Weise […] vernichtet worden", informierte ein Mitarbeiter. Und dann ist man im Zentrum der Macht: „Nach einem Blick in das Zimmer des Diensthabenden des Amtes, einem Sperrbereich, konnten die Besucher das Dienstzimmer des ehemaligen Ministers Erich Mielke in Augenschein nehmen. Auf den beiden Tischen Bücher, Erinnerungsgeschenke, so ein Fotoalbum über eine Hasenjagd 1981 im Bezirk Erfurt, Karl-Marx- und Feliks-Dzierzynski-Büsten. Ein Teil dieser Materialien mit vielen Fotos des einstigen MfS-Chefs wurde auf Initiative der Bürger vom Militärstaatsanwalt sichergestellt." (BZ 8.12.1989)

Noch erregender sind vielleicht nur die Botschaften aus den Haftanstalten der DDR, ebenfalls bislang ein absolutes Tabu-Thema. Nun melden sich die Häftlinge mit Streiks und Kundgebungen lautstark zu Wort. Die ersten Aktionen im Zuchthaus Brandenburg datieren vom 1. Dezember (Der Spiegel, 11.12.1989), aber nun entfaltet sich der Protest der Gefangenen, die sich als Vergessene der Revolution begreifen, in ganzer Breite. Nach Brandenburg melden sich die Häftlinge aus Berlin-Rummelsburg (BZ 4.12.1989), aus Cottbus, Halle und Magdeburg (ND 5.12.1989), aus den Jugendhäusern Hohenleuben und Unterwellenborn (NZ 5.12.1989), aus Bautzen, Rostock-Warnemünde, Neustrelitz (BZ 6.12.1989) und so weiter. Die Formenvielfalt des Protests ist vielfältig: Man wählt Häftlingssprecher, es kommt zu vielfältigen Arbeitsniederlegungen und Streiks, zum Beispiel bei den im Braunkohlentagebau eingesetzten Arbeiten in Schwarze Pumpe (ND 6.12.1989), letztes Mittel ist dann der Hungerstreik. Nachdem zunächst Gespräche mit Kirchenvertretern und der Generalstaatsanwaltschaft geführt werden, sind am 5. Dezember viele Pressevertreter in den Haftanstalten.

In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit geraten die Überbelegung und schlechte Haftbedingungen, die miserable Versorgung der Häftlinge mit minderwertigen Lebensmitteln, die verlangte Zwangsarbeit. Auch die Strafgefangenen bestehen nun auf „Menschenwürde" (ND 5.12.1989). Aber die Arbeitsniederlegungen machen sich auch rasch in der ohnehin durch die Abwanderungen in Westen darnieder liegenden Volkswirtschaft bemerkbar. Zunächst gibt es Sorgen im Maschinenbau (BZ 7.12.1989), dann wird gar die Versorgung der Berliner Sozialeinrichtungen, Krankenhäuser usw. mit frischer Wäsche in Gefahr gesehen; auch dies bislang eine Aufgabe der Gefangenen. Auch die Verkündung einer erweiterten Amnestie – schon am 27. Oktober 1989 waren ja die inhaftierten Republikflüchtlinge amnestiert worden – durch den Staatsrat (der soeben seinen Vorsitzenden Egon Krenz geschasst hatte) am Nikolaustag bringt keine Erleichterung – im Gegenteil. Da Strafen wegen „Rowdytum" und anderen politisch verdeckten „Verbrechen" nicht in die Amnestie aufgenommen sind, kommt es sofort in den Gefängnissen zu einer weiteren Welle von Unruhen (BZ 8.12.1989). Erstmals erscheint in der DDR-Presse das merkwürdige Kürzel „Bautzen II" (BZ 8.12.1989): Auch bei den (durchweg politisch inkriminierten) Insassen der Sonderstrafanstalt der Stasi sind die Häftlinge verzweifelt. Die Unruhe hält an. Wird der Staat dies in den Griff bekommen? Wie elegant hatte er doch in diesen Tagen eine andere „Notlage" gelöst: Ab sofort ist nämlich der Samstag schulfrei in der DDR, weil einfach die Lehrer fehlen (NZ 7.12.1989)! Das passt zu unserer kleinen Karikatur, die wir der BZ vom 11.12.1989 entnommen haben. Da ist auch jemand an einem anderen Ort angekommen.

Quellen:

http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse; http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1989.html;